

ZDH-Betriebsbefragung

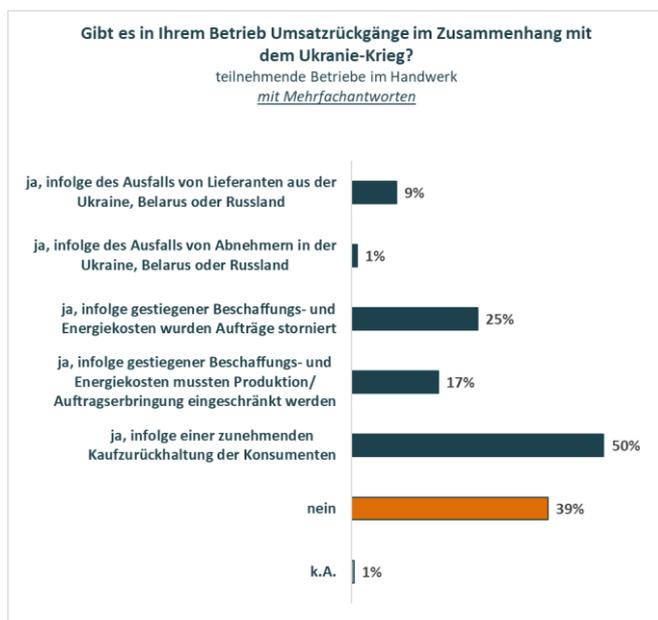
Betriebswirtschaftliche Auswirkungen der aktuellen Krisensituation

Gemeinsam mit den Handwerkskammern und den Fachverbänden des Handwerks hat der ZDH die Handwerksbetriebe zu den Auswirkungen der andauernden geopolitischen Krisensituation befragt. Die Betriebsbefragung wurde vom 31. August bis zum 7. September 2022 durchgeführt. Insgesamt haben sich 4.195 Handwerksbetriebe beteiligt.

Berlin, 12.09.2022

Umsatzverluste im Handwerk nehmen spürbar zu

Zwischenzeitlich berichtet eine **deutliche Mehrheit** (60 Prozent) der Handwerksbetriebe von **Umsatzausfällen**, die direkt oder indirekt auf den Ukraine-Krieg zurückzuführen sind. Nur noch 39 Prozent der Betriebe sind aktuell (noch) von Umsatzverlusten infolge des Krieges verschont. Damit hat sich dieses Verhältnis im Vergleich zum Frühjahr 2022 fast exakt umgekehrt. In den von Umsatzverlusten im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine betroffenen Betrieben liegen diese im Mittel bei etwa 19 Prozent des erwarteten Umsatzes im bisherigen Kalenderjahr 2022. Am häufigsten von Umsatzausfällen betroffen sind dabei die Lebensmittelhandwerke, wo 84 Prozent der Betriebe sinkende Umsätze melden, sowie den Kfz- und den privaten Dienstleistungsgewerken (70 bzw. 64 Prozent).



Der vorherrschende Grund für die Umsatzrückgänge ist die zunehmende **Kaufzurückhaltung der Konsumenten**, die insbesondere auch im Zusammenhang mit der unsicheren wirtschaftlichen Perspektive und der anhaltend hohen Inflationsrate steht. 50 Prozent der Betriebe benennen diese als Motiv für sinkende Umsätze – besonders häufig die drei zuvor genannten und besonders von Umsatzrückgängen betroffenen

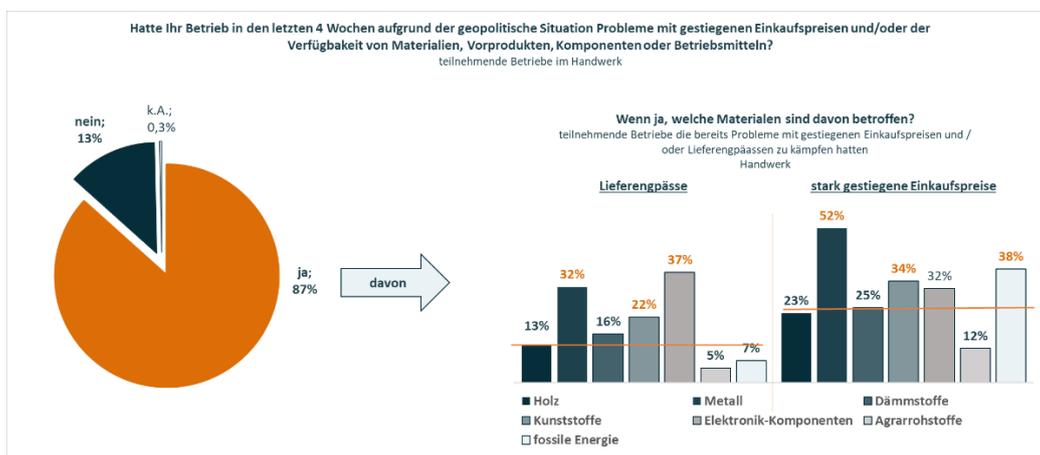
Handwerksbereiche. Häufig wird zudem von **Auftragsstornierungen** infolge der gestiegenen Beschaffungs- und Energiekosten berichtet (25 Prozent). Besonders stark davon betroffen sind die Bauhauptgewerke (39 Prozent), insbesondere die privaten Bauaktivitäten haben, nicht zuletzt durch die gestiegenen Finanzierungskosten, zuletzt nachgelassen. Zudem berichten weitere 17 Prozent der Handwerksbetriebe davon, dass **Einschränkungen bei Produktion und/oder Auftragsbringung** die Folge der gestiegenen Beschaffungs- und Energiepreise sind. Hier fällt die Betroffenheit bei den Lebensmittel- und Bauhandwerken sowie den Handwerken für den gewerblichen Bedarf und den Kfz-Handwerken besonders hoch aus. Vergleichsweise häufig führt auch der Ausfall von Lieferanten aus Belarus, Russland und/oder der Ukraine zu Umsatzverlusten (9 Prozent), während das Fehlen von Abnehmern aus diesen Ländern nur in wenigen Betrieben zu Umsatzrückgängen führt (1 Prozent). Der Ausfall von Lieferanten beeinträchtigt dabei vor allem in den Kfz- und den Bauhandwerken die betrieblichen Abläufe bei der Reparatur und Herstellung von Fahrzeugen oder bei Arbeiten auf Baustellen.

Lieferketten bleiben angespannt

Die Betroffenheit im Handwerk von **gestörten Lieferketten und gestiegenen Beschaffungspreisen** bleibt unverändert hoch. Wie im Frühjahr 2022 berichten aktuell 87 Prozent der Betriebe von diesen Problemen. Selbst wenn die Gesundheits- und die privaten Dienstleistungsgewerke vergleichsweise weniger betroffen sind als das Gesamthandwerk, zeigen immerhin auch in diesen Bereichen etwa zwei Drittel der Betriebe eine Betroffenheit an. In den übrigen Gewerbegruppen entspricht dieser Anteil dem des Gesamthandwerks oder liegt darüber.

Bei den betroffenen Betrieben führt die hohe Preisdynamik bei den Beschaffungspreisen vor allem dazu, dass **bestehende Aufträge für die Betriebe unwirtschaftlich** werden. 70 Prozent geben an, dass sie mit Aufträgen faktisch Verluste erzielen. Bei zwei Dritteln der Betriebe kommt es derzeit aufgrund fehlenden Materials und hohen Einkaufspreisen zu **Verzögerungen bei der Erfüllung von Aufträgen oder gar Auftragsstornierungen**. Dass in der Folge der Produktionsausfälle Beschäftigte in **Kurzarbeit** geschickt werden müssen, bleibt jedoch die Ausnahme (2 Prozent).

Die Betroffenheiten in den verschiedenen Handwerksbranchen sind dabei durchaus unterschiedlich. Von unwirtschaftlichen Aufträgen infolge der gestiegenen Beschaffungspreise berichten vor allem die Bauhaupt- (80 Prozent), die Lebensmittel- (78 Prozent)



und die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (77 Prozent). Während Auftragsverschiebungen oder -stornierungen stärker bei den Kfz- (85 Prozent) sowie den Ausbauhandwerken (83 Prozent) auftreten. Von Kurzarbeit durch fehlendes Material berichten vergleichsweise häufig die Baubetriebe (4 Prozent).

Aktuell sehen die Handwerksbetriebe besonders häufig **Lieferengpässe** bei Elektronik-Komponenten und Metallen. Davon berichten 37 bzw. 32 Prozent und damit merklich weniger Betriebe als im Frühjahr 2022. Die Umstellung auf andere Bezugsquellen scheint also zumindest begonnen zu haben, auch wenn hier noch lange keine Entwarnung gegeben werden kann. Eine **besonders hohe Preisdynamik** gibt es ebenso bei Metallen (52 Prozent) und Elektronik-Komponenten (32 Prozent), aber auch bei Kunststoffen (34 Prozent) und Energieträgern (38 Prozent). Im Vergleich zum Frühjahr hat sich damit zumindest der Preisdruck bei der Beschaffung von Metallen verringert – damals berichteten noch zwei Drittel der Betriebe von stark gestiegenen Beschaffungspreisen für Metalle.

Preisgleitklauseln bei öffentlichen Ausschreibungen noch immer zu selten angeboten

Die Politik hat die Auswirkungen der Lieferengpässe bei Materialien erkannt. Für bestimmte Baustoffe, für die Belarus und Russland maßgebliche Lieferländer sind, hat die Bundesregierung bei der Vergabe von Bauaufträgen im Bundesbau nochmals eine **möglichst flächendeckende Nutzung von Preisgleitklauseln** vorgegeben und den Beschaffern mehr Flexibilität bei der Verlängerung von Fertigstellungsfristen und stark gestiegenen Erstellungskosten eingeräumt. Für den Liefer- und Dienstleistungsbereich fehlen entsprechende Regelungen derzeit aber noch immer.

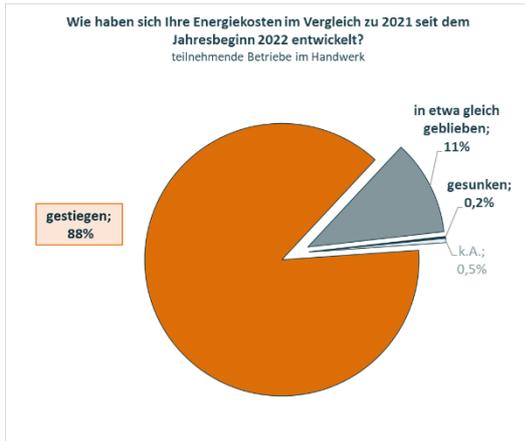
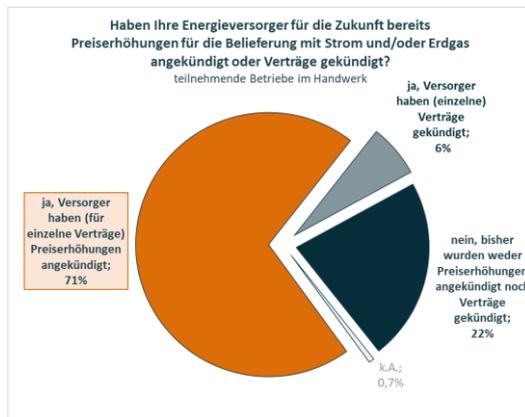
Für den überwiegenden Teil der öffentlichen Auftragsvergaben ist allerdings nicht der Bund, sondern sind die Länder und Kommunen verantwortlich. **Flächendeckend scheinen Preisgleitklauseln** noch immer **nicht** in der öffentlichen Vergabep Praxis **zur Anwendung zu kommen**. Gegenüber dem Frühjahr 2022 berichten mit 13 Prozent sogar merklich weniger Betriebe davon, dass diese bei neuen Ausschreibungen angeboten werden. Aufgrund der aktuellen Tragweite der Beschaffungsprobleme geht hier der Trend leider in die falsche Richtung. 14 Prozent der Betriebe haben zudem die Erfahrung gemacht, dass **Fertigstellungsfristen verlängert** wurden, wenn Material nicht wie geplant verfügbar war. Lediglich 9 Prozent berichten von einer (anteiligen) **Übernahme der gestiegenen Beschaffungskosten** durch öffentliche Auftraggeber. Weitere 15 Prozent haben die Erfahrung gemacht, dass sich die **Vergabep Praxis** überhaupt **nicht den neuen Gegebenheiten angepasst** hat.

Steigende Energiekosten werden vielfach von den Handwerksbetrieben getragen

Der starke Anstieg der Öl- und Gaspreise und in der Folge auch der Preise für Strom und Wärme an den Energiemärkten hat bei **88 Prozent** der Handwerksbetriebe zu einem **Anstieg ihrer Energiekosten** seit dem Jahresbeginn 2022 geführt. Die **Energiekosten** sind

für diese Betriebe dabei **im Mittel um 62 Prozent angestiegen**. Besonders hoch fallen die Kostensteigerungen dabei mit 96 bzw. 84 Prozent in den Lebensmittel- und den Kfz-Handwerken aus. Damit sind die Handwerksbereiche, die Erdgas am häufigsten für die Erzeugung von Prozesswärme im eigenen Betrieb einsetzen, von den höchsten Kostenanstiegen betroffen.

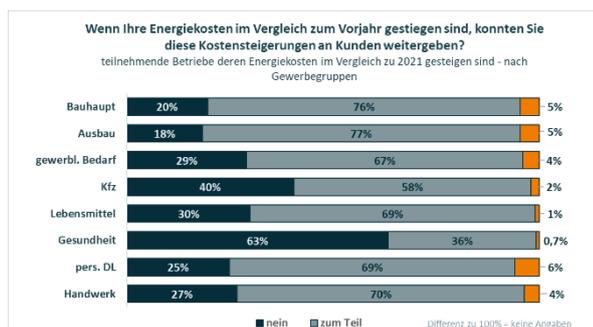
Wie aufgrund des hohen Anteils von Betrieben, die von insgesamt gestiegenen Energiekosten berichten, zu erwarten, haben viele **Versorgungsunternehmen** bereits die **Bezugspreise für Strom und Erdgas erhöht** (71 Prozent) oder **Verträge gekündigt** (6 Prozent). Wobei die **Preiserhöhungen** bei den betroffenen Betrieben mit **durchschnittlich 70 Prozent** sogar noch einmal höher ausfallen als bei den Energiekosten insgesamt. Die Spreizung zwischen den Gewerbe-



gruppen ist hier relativ groß, denn im Lebensmittelhandwerk sind bereits 14 % der antwortenden Betriebe von Vertragskündigungen betroffen. Zugleich führen die angekündigten Preiserhöhungen bei den Lebensmittelbetrieben zu durchschnittlichen Preisanstiegen von 115 Prozent. Hier zeigt sich vor allem der starke Anstieg der Erdgaspreise seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs, der maßgeblich für den hohen Energiepreisanstieg aufseiten der Handwerksbetriebe ist.

Diese starken Kostenanstiege können nur sehr wenige Betriebe unmittelbar und umfassend an ihre Abnehmer weitergeben und so ihre Gewinnmargen stabil halten (4 Prozent). 70 Prozent konnten ihre **gestiegenen Kosten nur zum Teil auf die Absatzpreise übertragen**. Allerdings berichten auch 27 Prozent davon, dass die höheren Energiekosten aktuell **gar nicht an Kunden** weitergereicht werden können. Am häufigsten berichten die Betriebe in den Kfz- (40 Prozent) und vor allem den Gesundheitsgewerken (63 Prozent) davon, die gestiegenen Energiekosten komplett selbst tragen zu müssen. Die Betroffenheit der Gesundheitsgewerke dürfte auch deswegen so hoch ausfallen, weil Absatzpreise für viele Gesundheitsprodukte vorab zwischen den Erbringern und den Krankenkassen festgelegt wurden und, wenn überhaupt, nur mit zeitlichem Nachlauf angepasst werden können.

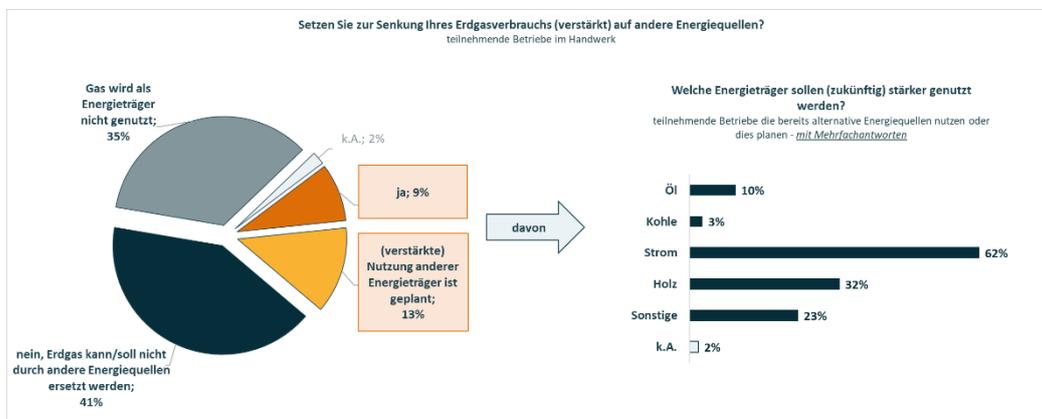
Die Betriebe, die davon berichten, dass eine Überwälzung der höheren Kosten gar nicht möglich ist, führen dies am häufigsten auf die **fehlende Zahlungsbereitschaft von Kunden** zurück (61 Prozent). Aber auch die Bindung an bereits **vereinbarte Preise bei bestehenden Verträgen**



(55 Prozent) und eine **hohe Wettbewerbsintensität** im eigenen Marktsegment (50 Prozent) werden als Gründe dafür angeführt. Von der fehlenden Zahlungsbereitschaft ihrer Kunden berichten dabei vor allem die Lebensmittel- (91 Prozent) und die persönlichen Dienstleistungsbetriebe (88 Prozent). Preisbindungen betreffen vor allem die handwerklichen Zulieferer und gewerblichen Dienstleister (82 Prozent) sowie die Bau- und Ausbauhandwerke (80 bzw. 70 Prozent). Von einer hohen Wettbewerbsintensität berichten vor allem die Kfz- (67 Prozent) und die Lebensmittelbetriebe (65 Prozent).

Erdgas kurzfristig nicht als Energieträger ersetzbar

Die größten Kostensteigerungen waren durch die gesunkenen und zuletzt ganz gestoppten Lieferungen aus Russland beim Erdgas zu verzeichnen. Etwa **zwei Drittel der Handwerksbetriebe** (63 Prozent) berichten davon, dass **Erdgas als Energieträger genutzt wird**. Darunter 42 Prozent, die auch zukünftig im gleichen Umfang auf Erdgas als Energieträger setzen wollen oder müssen. 9 Prozent haben bereits **Erdgas durch andere Energieträger ersetzt**, weitere 13 Prozent planen dies zumindest. Ein Umstieg auf Erdgasalternativen ist dabei insbesondere den privaten Dienstleistungs- und Lebensmittelgewerken sowie den Gesundheitsgewerken nicht möglich, wo die Mehrheit der Betriebe dies angibt. Da die von den zugehörigen Gewerken genutzten Ladenlokale oft nur gemietet sind, haben diese Betriebe nur sehr selten Einfluss darauf, welche Energieträger bspw. für die Heizung zum Einsatz kommen.



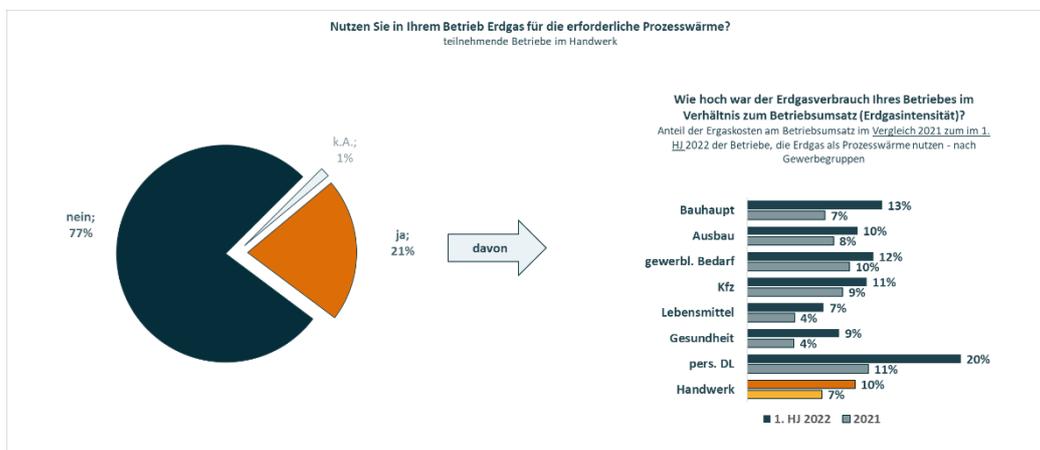
Die Betriebe, die bereits eine Umstellung vorgenommen haben oder dies planen, setzen dabei vor allem auf **Strom als alternativer Energiequelle** (62 Prozent), relativ häufig zudem **auch auf Holz** (32 Prozent). Hingegen sind Öl (10 Prozent) oder Kohle (3 Prozent) nur für wenige Betriebe eine infrage kommende Alternative für Erdgas. Dabei ist Strom in allen Gewerbegruppen die am häufigste und von einer Mehrheit benannte Erdgasalternative. Während Holz vor allem von den Bau- und Ausbaugewerken (43 bzw. 40 Prozent) überdurchschnittlich häufig in Betracht gezogen wird, spielt Öl als alternative Energiequelle vor allem in den häufig Prozesswärme nutzenden Kfz- und Lebensmittelgewerken eine Rolle (22 bzw. 25 Prozent).

Handwerksbetriebe, die ihren Erdgasverbrauch nicht mit Substituten ersetzen wollen, begründen dies vor allem mit einem **Mangel an geeigneten Alternativen** (64 Prozent). Zudem wird die **Amortisationsdauer** der entsprechenden **Investitionskosten** als **zu lang**

eingeschätzt (41 Prozent) und/oder die **Verfügbarkeit** der notwendigen **technischen Komponenten** ist derzeit **nicht gegeben** (33 Prozent). Zudem ist eine Umrüstung von Energieerzeugungsanlagen auf andere Energieträger nicht trivial. So ginge bspw. bei der Umrüstung eines Gasofens auf Strom die Herstellergarantie verloren. Zu den Investitionskosten für die Installation eines neuen strombetriebenen Ofens kommen zudem oftmals noch weitere Kosten hinzu, da i. d. R. weder die vorhandene Zuleitung auf dem Gewerbegrundstück noch die Stromleitung im öffentlichen Straßenraum über eine ausreichende Leitungskapazität verfügen.

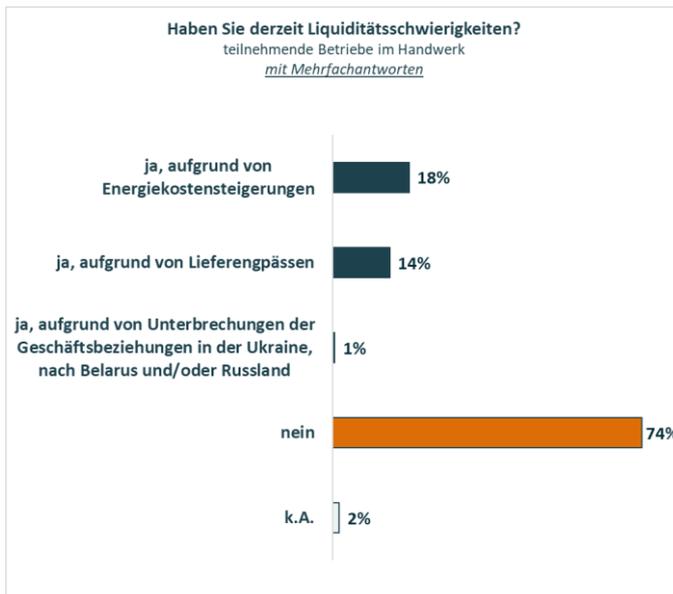
Kostenbelastung durch Erdgas hat bereits deutlich zugenommen

Ein Fünftel der Handwerksbetriebe (21 Prozent) nutzt Erdgas für die **Prozesswärme** in seinen Produktionsabläufen. Insbesondere in Betrieben aus den Textilreinigungs-, Lebensmittel- und den Kfz-Gewerken ist dies der Fall. Dabei hat sich in diesen Betrieben der **Anteil der Ausgaben für die Beschaffung des Erdgases im Verhältnis zum Betriebsumsatz** gegenüber dem Vorjahr **deutlich erhöht**. Für das **Jahr 2020** berichten die Handwerksbetriebe, die Erdgas für Prozesswärme nutzen, von einem Anteil der Erdgaskosten am Betriebsumsatz von durchschnittlich **7,0 Prozent**. Im **ersten Halbjahr 2022** ist dieser Anteil bereits auf durchschnittlich **10,1 Prozent** angestiegen. Dabei muss davon ausgegangen werden, dass sich dieser Anstieg zumindest bis zum Jahresende weiter fortsetzen und sogar beschleunigen wird, weil die angepassten Tarife für den Bezug von Erdgas erst in den nächsten Monaten in der Breite zum Tragen kommen.



Liquiditätslage in vielen Fällen angespannt

Das anhaltend herausfordernde wirtschaftliche Umfeld **belastet die Finanzlage** der Handwerksbetriebe, die sich vielfach bereits während der Corona-Pandemie verschlechtert hatte. Aktuell berichten 18 Prozent der Betriebe davon, dass die eigene **Liquidität aufgrund der starken Energiekostensteigerungen gefährdet** ist. Hinzu kommen 14 Prozent, die aufgrund der nun bereits seit mehr als einem Jahr anhaltenden und durch den Ukraine-Krieg verschärften **Lieferengpässe von Liquiditätsschwierigkeiten** berichten. Aufgrund der relativ geringen wirtschaftlichen Verflechtungen des Handwerks mit



Lieferanten und Abnehmern in Belarus, Russland und der Ukraine führt der Wegfall dieses Geschäfts hingegen nur einem kleinen Teil der Betriebe (weniger als 1 Prozent) zu finanziellen Engpässen.

Von **liquiditätsgefährdenden Energiekostensteigerungen** sind derzeit vor allem die Lebensmittel- (38 Prozent) und Kfz- (27 Prozent) sowie privaten Dienstleistungshandwerke (24 Prozent) betroffen. Fehlendes Material und hohe Beschaffungspreise wirken

sich ebenso in den Kfz-Handwerken (19 Prozent) und zudem auch in den Ausbau- und gewerblichen Zulieferergewerken (je 17 Prozent) sowie den Baugewerken (14 Prozent) überdurchschnittlich häufig negativ auf die Liquidität aus.

Auch hier zeigt sich noch einmal, dass die **Preisüberwälzungsspielräume** der Betriebe **begrenzt** sind und bestenfalls ein Teil der höheren Kosten für Materialien und Energieträger an die Abnehmer weitergegeben werden kann. Dass mehr als ein Viertel der Betriebe aufgrund der begrenzten Zahlungsbereitschaft, des aktuell schärfer werdenden Wettbewerbs, aber auch durch Preisbindungen in bestehenden Verträgen die gestiegenen Kosten vollständig selbst tragen muss, erklärt den hohen Prozentsatz, der aktuell von Liquiditätsengpässen berichtet.

Trotz breiter Betroffenheit kommen Hilfgelder nicht bei den Handwerksbetrieben an

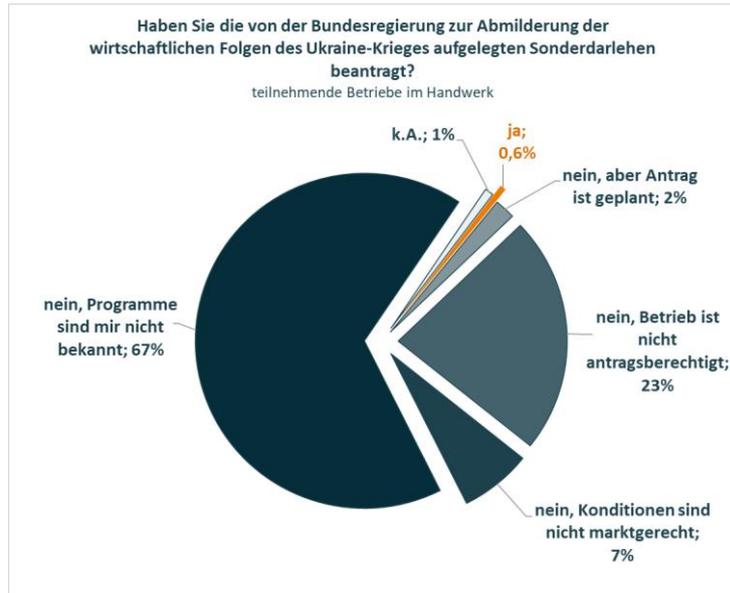
Die von der Bundesregierung initiierten **Unterstützungsprogramme** für Unternehmen zur Abfederung der Folgen des Ukraine-Kriegs und der stark gestiegenen Energiekosten **kommen im Handwerk** trotz breiter Betroffenheit bisher **nicht an**. Wie die Umfrageergebnisse zeigen, sind beinahe neun von zehn Betrieben von gestiegenen Energiekosten betroffen, wobei die Preissteigerungen im Mittel bei mehr als 60 Prozent liegen. Da zugleich eine Weitergabe der Kosten bestenfalls anteilig möglich ist und sich die Liquidität vieler Betriebe dementsprechend bereits verschlechtert hat, ist es essenziell, dass die Zugangskriterien der bereits vorhandenen und zukünftiger Unterstützungsprogramme zur Abfederung der starken Energiepreisanstiege so ausgestaltet werden, dass auch alle stark belasteten Handwerksbetriebe daran partizipieren können.

Aktuell berichtet aber lediglich weniger als 1 Prozent der Handwerksbetriebe die zur Verfügung stehenden **Sonderdarlehensprogramme** (bspw. der KfW) oder **Sonderbürgschaften der Bürgschaftsbanken** in Anspruch genommen zu haben. Nur weitere 2 Prozent planen dies für die Zukunft. Hingegen geben 23 Prozent an, dass der Betrieb die Zugangsvoraussetzungen für die Hilfen nicht erfüllt und immerhin 7 Prozent bezeichnen

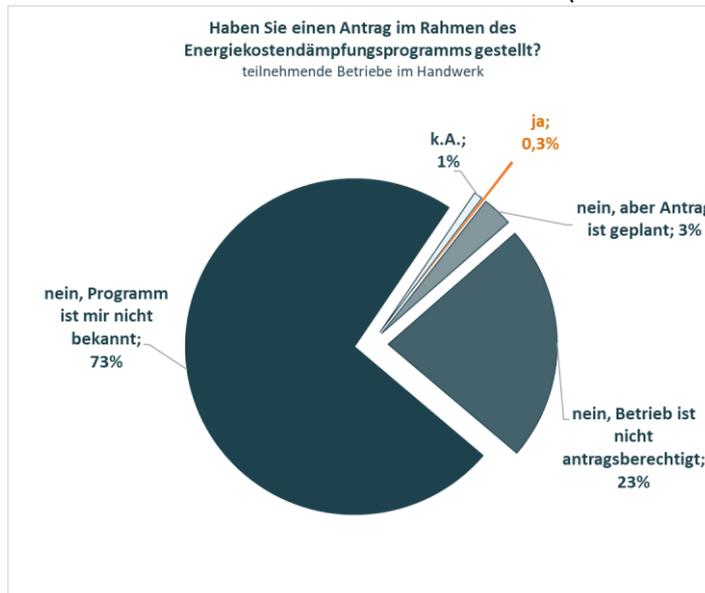
die Konditionen der Programme als nicht marktgerecht, finden diese also schlicht zu teuer. Einem Großteil der Betriebe (67 Prozent) war zum Zeitpunkt der Befragung zudem nicht bekannt, dass die entsprechenden Programme existieren.

Ähnlich ist die Situation hinsichtlich der Nutzung des **Energiekostendämpfungsprogramms** durch Handwerksbetriebe: Auch hier melden weniger als 1

Prozent, dass ein entsprechender Antrag bereits gestellt wurde, 3 Prozent planen dies noch zu tun. Ein deutlich größerer Anteil von 23 Prozent erfüllt hingegen auch hier die Fördervoraussetzungen nicht und fällt somit durch das Förderraster. Auch hier war der Mehrzahl der Betriebe – beinahe drei von vier (73 Prozent) – nicht bekannt, dass ein



Förderprogramm zur Dämpfung der Energiekostenbelastung von Unternehmen aufgelegt wurde. Die mangelnde Kenntnis über dieses Zuschussprogramm erklärt sich auch dadurch, dass die Handwerksorganisation die Zugangskriterien geprüft und für die breite Masse der Handwerksbetriebe als nicht beantragbar eingeschätzt hat, weshalb auf eine programmspezifische Beratung verzichtet wurde.



Ansprechpartner: René Rimpler
Abteilung: Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik
+49 30 20619-263
rimpler@zdh.de · www.zdh.de

Herausgeber:
Zentralverband des Deutschen Handwerks
Haus des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße 20/21 · 10117 Berlin
Postfach 110472 · 10834 Berlin

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von rund 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit mehr als 5 Millionen Beschäftigten. Als Spitzenorganisation der Wirtschaft mit Sitz in Berlin bündelt der ZDH die Arbeit von Handwerkskammern, Fachverbänden des Handwerks auf Bundesebene sowie bedeutenden wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks in Deutschland. Mehr unter www.zdh.de